

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 11, 2021

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Gedenkstätten-Stiftung startet Projekt zum Völkermord an Jesiden

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten startet ein neues Forschungsprojekt zum Völkermord an Jesidinnen und Jesiden. Dazu sollten historische Quellen und öffentlich zugängliche Materialien ausgewertet werden, sagte die Historikerin Diana Gring von der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen dem Evangelischen Pressedienst. Außerdem spielten Interviews mit Überlebenden eine große Rolle.

Die Stiftung gab das Projekt „Ferman“ am „Internationalen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen“ (25.11.) bekannt. Geplant seien unter anderem Workshops mit überlebenden Frauen, die vom „Islamischen Staat“ verschleppt und versklavt wurden und mittlerweile in Deutschland lebten, sagte Stiftingsmitarbeiterin Leyla Ferman.

Im August 2014 hatte der sogenannte „Islamische Staat“ im Irak und in Syrien jesidische Siedlungen angegriffen, Tausende Männer getötet, Frauen und Kinder verschleppt. Die Jesiden blickten auf eine lange Geschichte der Verfolgung zurück, sagte Ferman. In der jesidischen Kultur seien Namen nach prägenden Ereignissen entstanden. Das gelte auch für ihren eigenen Familiennamen. „Ferman“ bedeute eigentlich „Dekret, Erlass“. Seit 2014 stehe das Wort für den Völkermord an den Jesiden.

Celle gehört zu den Regionen in Deutschland, in denen sehr viele Jesiden leben. Die Gesamtzahl wird mittlerweile auf rund 200.000 Personen geschätzt. Ihre Zahl habe sich mit den Flüchtlingen seit 2014 in etwa verdoppelt, sagte Ferman ([mehr](#)).

#### 1.2. Interreligiöser Kalender für Niedersachsen nun auch als Kalenderdatei

Seit 2016 gibt das Haus der Religionen in Hannover gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, einen interreligiösen Kalender heraus. Für 2022 steht er erstmals auch als elektronische Kalenderdatei zur Verfügung ([hier](#)).

„Der Kalender verdeutlicht eindrücklich die religiöse Vielfalt unserer Gesellschaft und bietet eine gute Orientierung für Privatpersonen, aber auch für Firmen, Behörden oder Schulen. Ein respektvoller und sensibler Umgang mit Kalenderdaten anderer Religionen und Kulturen fördert die Teilhabe aller in unserer Gesellschaft und gehört zur interkulturellen Kompetenz“, so Schröder-Köpf.

Der Kalender enthält die wichtigsten religiösen Gedenk-, Fest- und Feiertage der Aleviten, Bahai, Buddhisten, Christen, Hindus, Eziden, Juden, Muslime und Sikhs sowie der Humanisten und einige weitere ohne direkten religiösen oder weltanschaulichen Bezug. „Nun kann man sich den Kalender mit einem Klick auf den Computer und das Handy ziehen. Das erleichtert die Terminplanung ungemein“, so der Vorsitzende des Hauses der Religionen, Wolfgang Reinbold.

#### 1.3. Was sonst noch war

– Hannover: Umbau des Hauses der Religionen nähert sich dem Abschluss ([mehr](#)).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Ampelkoalition legt Koalitionsvertrag 2021–2025 vor

Die Ampelkoalitionsparteien SPD, Grüne und FDP haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Bezug auf die Religionen und das interreligiöse Miteinander nehmen die folgenden Passagen:

#### Dokumentation

Wichtige, die Religionen betreffende Passagen aus dem Koalitionsvertrag 2021–2025 „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ ([hier](#)):

„Die Mitbestimmung werden wir weiterentwickeln. [...] Gemeinsam mit den Kirchen prüfen wir, inwiefern das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Verkündungsnahe Tätigkeiten bleiben ausgenommen.“ (S. 71)

„Wir setzen den geplanten Fonds aus der 19. Wahlperiode zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung auch für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler um.“ (S. 74)

„Rechtsextremismus ist derzeit die größte Bedrohung unserer Demokratie. Wir treten allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegen – ob Rechtsextremismus, Islamismus, Verschwörungsideologien, Linksextremismus oder jeder anderen Form des Extremismus. [...] Wir treiben auch innerhalb der Bundesregierung die weitere Aufarbeitung des NSU-Komplexes energisch voran und bringen ein Archiv zu Rechtsterrorismus in Zusammenarbeit mit betroffenen Bundesländern auf den Weg. Der 11. März wird nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt.“ (S. 107)

„Die Aufarbeitung struktureller sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in gesellschaftlichen Gruppen, wie Sportvereinen, Kirchen und der Jugendarbeit, werden wir begleiten, aktiv fördern und wenn erforderlich gesetzliche Grundlagen schaffen.“ (S. 108)

„Kirchen und Religionsgemeinschaften sind ein wichtiger Teil unseres Gemeinwesens und leisten einen wertvollen Beitrag für das Zusammenleben und die Wertevermittlung in der Gesellschaft. Wir schätzen und achten ihr Wirken. Wir schaffen in einem Grundsatzgesetz im Dialog mit den Ländern und den Kirchen einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen. Wir entwickeln das Religionsverfassungsrecht im Sinne des kooperativen Trennungsmodells weiter und verbessern so die Beteiligung und Repräsentanz der Religionsgemeinschaften, insbesondere muslimischer Gemeinden. Dazu prüfen wir, ob hierfür Ergänzungen des Rechtsstatus von Religionsgemeinschaften notwendig sind und erörtern dies in enger Abstimmung mit den betroffenen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Neuere, progressive und in Deutschland beheimatete islamische Gemeinschaften binden wir in diesen Prozess ein. Wir bauen die Ausbildungsprogramme für Imaminnen und Imame an deutschen Universitäten in Zusammenarbeit mit den Ländern aus.“ (S. 111)

„Wir wollen der Vielfalt des muslimischen Lebens Rechnung tragen und u. a. Jugendvereine unterstützen. Der zunehmenden Bedrohung von Musliminnen und Muslimen und ihren Einrichtungen begegnen wir durch umfassenden Schutz, Prävention und bessere Unterstützung der Betroffenen. Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften und Orte der Begegnung fördern wir.“

Seit 1700 Jahren gibt es jüdisches Leben in Deutschland. Wir stärken Initiativen, die jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern, und bekämpfen alle Formen des Antisemitismus, wie es der Bundestag unter Bezug auf die Definition der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) beschlossen hat. Den Schutz von Jüdinnen und Juden und ihren Einrichtungen werden wir gemeinsam mit den Ländern gewährleisten. Es ist ein beschämender und schmerzlicher Zustand, dass diese in Deutschland dauerhaft bewacht werden müssen. Wir setzen uns für Prävention, sensibilisierende Aus- und Fortbildungen sowie eine entschlossenere Verfolgung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle ein. Den Antisemitismus-Beauftragten werden wir strukturell stärken. Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus soll aufgewertet werden.“ (S. 119)

„Wir stärken die Beziehungen zwischen den Städten und bauen Urban Diplomacy aus, verstärken die Programme in europäischen Grenzregionen sowie die internationale Sportpolitik und den Bereich Religion und Außenpolitik.“ (S. 126)

„Wir stärken unsere Förderung der Zivilgesellschaft und die wichtige Rolle von Gewerkschaften, politischen und privaten Stiftungen und Kirchen, insbesondere in fragilen Kontexten.“ (S. 152)

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte zum Koalitionsvertrag: „Die Vorhaben der künftigen Bundesregierung stimmen uns zuversichtlich. Eine erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus sind für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung. In den kommenden Jahren darf über dem ökologischen Klimaschutz der notwendige gesellschaftliche Klimawandel nicht vergessen werden“ ([mehr](#)).

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) teilte mit, der Vertrag lasse viele Fragen offen. Zahlreichen positiven Ankündigungen stünden „Fragezeichen und vage Formulierungen in wichtigen Bereichen“ gegenüber, kommentierte der Generalsekretär der IGMG, Bekir Altaş. So seien die Ankündigungen zum Thema Islamfeindlichkeit „interpretationsbedürftig“, und der angekündigte Schutz von Musliminnen und Muslimen und ihrer Einrichtungen bleibe „aus nicht nachvollziehbaren Gründen vergleichsweise ungenau.“ Auch frage er sich, warum man zwar einen Anti-Rassismus- und Antiziganismus-Beauftragten berufen wolle, aber keinen „Beauftragten für antimuslimischen Rassismus“ ([mehr](#)).

## 2.2. Frankfurt am Main: Multireligiöse Feier zum Gedenken an die Corona-Toten

Vertreter und Vertreterinnen von acht Religionsgemeinschaften haben in der Frankfurter Paulskirche der Corona-Verstorbenen gedacht. Sie erinnerten an das Leid der Erkrankten und Hinterbliebenen in aller Welt, lasen aus heiligen Schriften, musizierten und sprachen Gebete. „Wir wollen ein Zeichen setzen und das Miteinander der Religionen stärken“, sagte der Initiator und Vorstand der „Stiftung gegen Rassismus“, Jürgen Micksch.

Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, dankte den Religionen für ihre Präsenz in der Pandemie. Sie hätten durch digitale Gottesdienste, digitales Fastenbrechen, Podcasts, Meditationen und Seelsorge ein Zeichen der Hoffnung vermittelt. Zugleich verwies Klein auf Corona-Leugner in fundamentalistischen Gemeinden und Gruppen. In allen Religionen seien der Schutz und der Erhalt von Leben „erstes und oberstes Gebot“. Deswegen dürften die Religionsgemeinschaften Falschinformationen und Irreführung nicht zulassen ([mehr](#)).

## 2.3. Was sonst noch war

- Bremen: Bürgermeister Bovenschulte betont Wert kultureller und religiöser Vielfalt ([mehr](#))
- Köln: Versuchter Brandanschlag auf DITIB-Zentralmoschee ([mehr](#))

- Leipzig: Linksautonome greifen DITIB-Moschee an ([mehr](#))
- Hamburg: Polizei verhindert offenbar islamistischen Terroranschlag ([mehr](#))
- Cem Özdemir wird Bundeslandwirtschaftsminister ([mehr](#))
- Wien: „König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ (KAICIID) verlegt seinen Sitz nach Lissabon ([mehr](#)).

### 3. Meinungsforschung

#### Studie zeigt Zusammenhang von AfD-Wahlergebnis mit Corona-Infektionszahlen

In Landkreisen mit hohen Wahlanteilen für die AfD sind einer Studie zufolge in den vorherigen Corona-Wellen die Infektionszahlen besonders stark gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler der Teilinstitute Jena und Bielefeld des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) unter Mitarbeit eines Epidemiologen vom Helmholtz Zentrum München. Andere Faktoren wie die Grenz-nähe einer Region, die Anzahl der Schulen oder Homeoffice-Quoten konnten den Angaben nach als Erklärungen für den Anstieg der Inzidenzen ausgeschlossen werden.

Für ihre Studie untersuchten die Wissenschaftler, ob es in den 401 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland einen Zusammenhang zwischen dem AfD-Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2017 und dem Anstieg von Infektionszahlen in den Wellen vom Frühjahr und Winter 2020 gab. Dafür bezogen sie insgesamt 48 Faktoren in ihre Berechnungen mit ein.

„Ein Anstieg des AfD-Wahlergebnisses um einen Prozentpunkt erhöht die durchschnittliche Infektionshöhe in der Anstiegsphase der ersten Welle um 2,2 Prozentpunkte“, sagte der Soziologe Christoph Richter. Es sei unerheblich, ob die Region in Ost- oder Westdeutschland liege. „Die gelegentlich vertretene Annahme, es handele sich bei dem Zusammenhang um ein spezifisch ostdeutsches Phänomen, kann anhand der Ergebnisse nicht bestätigt werden“, so die Autoren ([mehr](#)).

### 4. Veranstaltungen

Update Interreligiöses Lernen zwischen Christen und Muslimen

Fortbildung im Blended-Learning-Format, Pastorkolleg Niedersachsen, Loccum

Präsenz: 7.–8. März 2022, Loccum; 30. Juni – 1. Juli 2022, Haus der Religionen, Hannover

Digital: 29. März, 3. Mai, 31. Mai, jeweils 17–19.30 Uhr

Leitung: Folkert Fendler, Wolfgang Reinbold; Referent/innen: Özge Erdoğan, Detlef Görrig, Aldin Kusur, Hamideh Mohagheghi, Nimet Seker, Klaus von Stosch, Ulrike Duffing, Sören Rekel-Bludau

Das Seminar ist offen für Angehörige anderer Berufsgruppen ([mehr](#)).

### 5. Literatur: Neuerscheinungen

M. Abdallah, Islamische Seelsorge. Theologische Grundlagen und Perspektiven in einer pluralistischen Gesellschaft, Ostfildern 2022

epd Dokumentation 43/2021: Standards in den Seelsorgeausbildungen: christlich, muslimisch, interreligiös – Positionen, Grenzen, Herausforderungen (Gemeinsame Tagung des Zentrums für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit, der Missionsakademie an der Universität Hamburg und der Schura – Rat der muslimischen Gemeinschaften in Hamburg e.V., Hamburg)

M. Kayman, Wo der Weg zur Gewalt beginnt. Muslimische Vorstellungen von Überlegenheit, ihre Wirkung auf Extremismus und Terror und was wir dagegen tun können, München 2021

W. Kraus u.a. (Hg.), Das Neue Testament – jüdisch erklärt. Lutherübersetzung, Stuttgart 2021

A. Özdemir, Islamische Gefängnisseelsorge in Deutschland. Entwicklungen und Herausforderungen, Norderstedt 2021.

**Wir wünschen unseren christlichen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten.**

**Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir ein gesegnetes neues Jahr.**

Den Interreligiösen Kalender 2022 finden Sie [hier](#).

Hannover, den 16.12.2021

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.